

**Einfache Anfrage Gschwend-Altstätten:
«Hitzeaktionsplan: Raus aus der Schublade**

Nicht überraschend, dafür aber mit voller Härte treffen die aktuellen Hitzewellen auch den Kanton St.Gallen. Die Folgen von Hitzewellen sind bekannt: Sie führen unter anderem zu mehr Notfall einweisungen, verschärfen bestehende Erkrankungen und verursachen Todesfälle. Besonders betroffen sind ältere Menschen, Kleinkinder, Menschen mit Behinderung oder Personen mit chronischen Erkrankungen. Die Betroffenheit reicht aber weiter. Gemäss Umfragen kämpft jede dritte Person bei Hitze mit Müdigkeit, Schlafproblemen oder Kreislaufbeschwerden.

St.Gallen gehört zu jenen Kantonen, die über einen Hitzeaktionsplan verfügen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Mit diesem Plan sollen präventive Informationskampagnen mit konkreten Massnahmen kombiniert werden. Auf der Webseite heisst es: «Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung haben für uns oberste Priorität. Der Hitzeaktionsplan ist ein wichtiger Schritt, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.» (Zitat Karin Faisst, Leiterin Amt für Gesundheitsvorsorge).

Ein «Aktionsplan» ist nur so gut wie die tatsächlich umgesetzten Massnahmen und wie die tatsächlich erreichten Personen, vor allem der vulnerablen Gruppen. Nachfragen bei Betroffenen und (nicht repräsentative) Umfragen bei Institutionen, aber auch Checks bei Gemeinden zeigen, dass der St.Galler Hitzeplan noch kaum bei den Adressaten angekommen ist.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt die Regierung die Ansicht, dass die Kommunikation über den Hitzeaktionsplan dringend intensiviert und adressatengerecht gestaltet werden muss?
2. Sind konkrete, kurzfristig realisierbare Sensibilisierungskampagnen geplant, um die breite Bevölkerung und ganz besonders die vulnerablen Gruppen gezielt aufzuklären?
3. Wie stellt sich die Regierung zur Einrichtung eines Hitzetelefons oder Besuchsdiensts für ältere Menschen (in Kooperation mit entsprechenden Organisationen oder mit einem Buddy-System) um Risikogruppen aktiv zu kontaktieren?
4. Wie steht sie zum Aufbau eines automatischen Hitzewellen-Warndiensts, der Altersheime, Spitex, Behinderten-Institutionen, Hausärzte etc. direkt informiert und Handlungsempfehlungen übermittelt?
5. Können kurzfristig Abkühlungsmöglichkeiten und -Orte geschaffen oder propagiert werden, zum Beispiel indem sich Personen kosten- und barrierefrei an kühlen Orten wie Museen, Kirchen, Verwaltungsgebäuden etc. aufhalten dürfen?
6. Der Umgang der Gemeinden mit Hitzemassnahmen ist sehr unterschiedlich. Von «gar nichts» bis zu einem umfassenden Massnahmen-Katalog (Stadt St.Gallen). Welche Möglichkeiten sieht die Regierung bei der Unterstützung für Gemeinden (z.B. Vernetzung, Bereitstellung von Leitlinien [Guidelines] oder Best-Practice-Beispielen)?»